

1000 Jugendliche ohne Lehrstelle in Aachen. Nur noch  
600 Ausbildungsplätze auf 1000 Jugendliche.

# **Ausbildung & Arbeit für Alle: Unternehmer sollen zahlen!**

**Protest vor dem Stadtrat  
gegen Ausbildungsnotstand**

**Mittwoch**

**23. Oktober**

**16.00 Uhr**

**Markt**

**SAV**

**Sozialistische Alternative  
VORAN**

# Ausbildungsnotstand



Seit Jahren das gleiche Bild: Jeden Sommer suchen zehntausende Jugendliche noch verzweifelt eine Lehrstelle. Es gibt herzerreißende Appelle von Regierung und Arbeitsämtern an die Unternehmer doch noch ein

leichter unter Druck setzten, sind leichter zu feuern.

In Aachen wurden seit 1992 ein Drittel aller Ausbildungsplätze vernichtet. Auf 1000 Jugendliche kommen nur noch 600 Ausbildungsplätze. Die Folge: 1995 fanden 942 Jugendliche keine Lehrstelle. Sie wurden arbeitslos oder in Übergangslösungen untergebracht.

Die Unternehmer bleiben von den Appellen an ihr soziales Gewissen unbeeindruckt. Im Gegenteil, sie nutzen die Angst vor Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen, um die Jugendlichen, die eine Lehrstelle haben unter Druck zu setzten. In ihrem 16-Punkte Programm zur „Überwindung von Ausbildungshemmnissen“ verlangen Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT) und Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) unter anderem die Absenkung der Ausbildungsvergütungen um ein Drittel, die Einschränkung und Flexibilisierung des Berufsschulunterrichts bei Ausdehnung der Zeiten im Betrieb sowie die Reduzierung des Urlaubs.

Wird das Lehrstellen schaffen? Wohl kaum. Das Gewäsch kennen wir schon: „Lohnverzicht soll Arbeitsplätze retten“. Doch trotz Lohnverzicht ist in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit gestiegen.

paar Ausbildungsplätze zu schaffen. Viele gehen doch leer aus, einige von Ihnen werden durch Umschulungen, Fortbildungen und andere öffentliche Notprogramme aus der Arbeitslosenstatistik genommen.

Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung. Doch dieses wird ihnen immer mehr verwehrt: Schon jetzt sind 1,6 Millionen Jugendliche zwischen 20 und 29 Jahren ohne berufliche Ausbildung. Jedes Jahr bleiben 150.000 Jugendliche jedes Jahrgangs ohne Ausbildungsabschluß. Die Zukunft für sie sind Aushilfsjobs und Arbeitslosigkeit. Die Unternehmer profitieren von dieser Entwicklung: Jugendliche ohne abgeschlossene Ausbildung lassen sich

## Wer ist verantwortlich für unsere Ausbildung?

Die Politiker zeigen mit den Fingern auf die Unternehmer und waschen ihre Hände in Unschuld. Tatsache aber ist: Das sogenannte „duale System“ hat längst versagt. Die Unternehmer betrachten unsere Ausbildung als Kostenfaktor. Meist sind es nur noch kleine und kleinste Betriebe, die die Lehrlinge als billige Arbeitskräfte einstellen. Nicht zum Lernen, sondern zum malochen.

Nicht mal als billige Arbeitskräfte kommen alle Jugendlichen unter. Am 31. August trudelten mehr als 900 Jugendliche im Aachener Arbeitsamt zum „Lehrstellen-Vermittlungstag“ ein. Die meisten fuhrten natürlich mit leeren Händen nach Hause.

Die verzweifelte Lage der Jugendlichen wird schamlos von vielen benutzt, um sich zu profilieren: Der 31. August war der letzte Arbeitstag des Amtleiters Heinz Winkel. 900 Jugendliche — eine schöne Kulisse zum Abschied.

Oder etwa die Industrie- und Handelskammer

(IHK) mit ihrer „Lehrstellenbörse“ in Zusammenarbeit mit der Aachener Zeitung — angesichts des Lehrstellenmangels mit Sicherheit eine verkaufsfördernde Sache.

Haben wir ein Recht auf Ausbildung, und wenn ja wer ist dafür verantwortlich? Das einzelne Unternehmen? Etwa Zentis, Phillips oder der Bäcker nebenan? Warum sollten wir unsere Zukunft in die Hände solche Leute legen? Wir sind weder mit ihnen verwandt, noch sind diese Damen und Herren je von irgendjemand demokratisch gewählt worden!



## Ausbildung gehört in öffentliche Hand

Schließlich sind Bundesländer und Gemeinden auch verantwortlich für Grund-, Haupt-, und Realschulen, sowie für Gymnasien und Hochschulen! In Ostdeutschland springt der Staat oft mit überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten ein. Doch die Azubis werden für Praktika kostenlos an Un-

ternehmer ausgeliehen. Doch die sind damit noch nicht zufrieden, sondern beklagen sich laut Werner Mankel, Chef der IHK Dresden, darüber daß es etwa keinen Wochenenddienste und Streß für die Azubis gibt.

### Unsere Forderungen:

- Eine Lehrstelle für jeden im erwünschten Beruf
- Ausbildung raus aus Unternehmerhand: Wer massiv Arbeitsplätze vernichtet, wird auch keine qualifizierten Lehrstellen schaffen.
- Sofortige Maßnahmen zur Schaffung von jährlich 200 überbetrieblichen Ausbildungsplätzen durch die Stadt Aachen, bis der Lehrstellenmangel aufgehoben ist.
- Keine Privatisierung von Ausbildungsbetrieben im öffentlichen Dienst, denn Privatisierung bedeutet Vernichtung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen nur noch für die Reichen

## Die Unternehmer sollen zahlen!



Nicht nur im Ausbildungsbereich wird gestrichen. Jeden Monat werden rund 30.000 Arbeitsplätze (laut Statistischem Bundesamt) vernichtet. Die Arbeitslosig-

keit ist so hoch wie noch nie seit dem 2. Weltkrieg. Die Wettbewerbsfähigkeit müsse gesichert bleiben. Doch den Unternehmern geht es nicht schlecht. Sie vermelden Rekordgewinne (Deutsche Bank 2,1 Milliarden DM, BASF 2,47 Milliarden DM, ABB 1,4 Milliarden DM, ...). Das reichste Prozent der Deutschen besitzt 2.200 Milliarden DM.

Aber die Unternehmer haben Angst vor der Zukunft: Sie wissen nicht was sie mit all den Gewinnen anfangen sollen, wissen nicht wie sie noch mehr Profite machen können. Die Krisen sind chronisch geworden. Trotz „Aufschwung“ werden mehr Menschen arbeitslos und sinken die Einkommen derjenigen die Arbeit haben. Der gesamte Sozialstaat ist unter Beschuß: Wir sollen weniger bekommen und mehr bezahlen, damit sich die Unternehmer noch mehr bereichern können. Die Armen sollen immer ärmer werden, und die Reichen immer reicher.

Die Versprechen der Bundesregierung, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren, sind Hohn. Im Gegenteil: Die Bundesregierung vernichtet selber fleißig Arbeitsplätze durch Privatisierung und Stellenabbau.

Die Unternehmer jammern uns vor wie schlecht es ihnen doch ginge. Wir sollen auf Lohn und Frei-

## Arbeit für Alle

142 Milliarden DM kostete die Arbeitslosigkeit 1995 die Steuerzahler, 1996 werden es 160 Milliarden DM sein (lt. Bundesanstalt f. Arbeit). Während Millionen arbeitslos sind, nimmt der Streß am Arbeitsplatz zu. Immer mehr Arbeit wird von immer weniger Menschen gemacht.

Die SAV meint: Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf

die 30 Stundenwoche mit vollem Lohn- und Personalausgleich ist notwendig. Warum soll ein Teil sich dumm und dämlich arbeiten, während ein anderer zum Nichtstun verdammt ist. Wir fordern, einen garantierten festen Arbeitsplatz für jeden. Wenn die Unternehmer sich unsere Arbeit nicht mehr leisten können, dann können wir

uns die Unternehmer nicht mehr leisten.

### Unsere Forderungen:

- ➔ Staatlich garantierte Mindestvergütung von 1.500 DM für jeden Azubi. Jeder Azubi soll finanziell unabhängig von den Eltern sein können.
- ➔ Ausbildungsabgabe aller Betriebe, gemessen am Umsatz zur Finanzierung der gesamten Ausbildung. Wer von Fachkräften profitiert, soll auch dafür zahlen.

## Widerstand organisieren!

Die Politiker biedern sich bei Industrie und Unternehmern an, sie interessiert nur noch das eigene Portemonnaie. Unsere Interessen vertreten sie schon lange nicht mehr. Deswegen müssen wir selber etwas tun. Wir müssen Druck ausüben, um unsere Interessen zu vertreten. Dafür müssen wir

auf die Straße gehen.

Gelegenheiten gibt es genug — wir wollen am 23. Oktober eine Protestaktion vorm Stadtrat in Aachen machen. Dort wollen wir die Politiker zur Rede stellen.

## Geld ist genug da – Es ist nur in den falschen Händen: Umverteilung umdrehen

Zur Kapitalistischen Gesellschaft gehören Schulden und Vermögen, Zinszahler und Zinskassierer, Armut und Reichtum. Das reichste Prozent aller Deutschen besitzt 2.200 Milliarden DM Geldvermögen, zehnfach mehr als die unteren 50 Prozent. Laut Deutschen Steuerbund hinterziehen Un-

ternehmer jedes Jahr 300 Milliarden DM Steuern. Durch die Umverteilung der Kohl-Regierung wurden den Unternehmern 615 Milliarden DM in die Taschen geschaufelt. Wir wollen ran an die Milliarden der Reichen. Es wird höchste Zeit zur Umverteilung von Oben nach Unten.

## Die Marktwirtschaft hat abgewirtschaftet.

Inoffiziell sind mehr als 6 Millionen Menschen arbeitslos. Und das alles, obwohl es genug Arbeit zu tun gibt: Jeder weiß, daß preiswerte Wohnungen fehlen, doch xBauarbeiter sind arbeitslos. Obwohl es der Umwelt an den Kragen geht, werden die Autos mit noch mehr Autos bekämpft. Arbeitslosigkeit, Arbeitshetze und Verkehrslärm machen

krank, dennoch sollen Krankenhäuser geschlossen werden. Das liegt nicht an unfähigen Politikern, sondern hat System. Das System heißt Kapitalismus. Privateigentum und Konkurrenz sorgen dafür, daß im Kapitalismus Profite einer kleinen Minderheit alles, die Bedürfnisse der großen Mehrheit nichts wert sind.

## Komm zu den SAV - Treffen:

**Montags und Mittwochs um 19:00 Uhr  
im Sedan-Eck, Adalbertsteinweg 233**

Die SAV ist eine bundesweite und internationale Organisation von ArbeiterInnen, Arbeitslosen, SchülerInnen und StudentInnen: Ihr Ziel ist eine sozialistische und demokratische Gesellschaft ohne Sozialabbau, Armut und Arbeitslosigkeit. Die SAV ist unabhängig von anderen Organisationen und Parteien. Wir brauchen alle, die diese Gesellschaft im Interesse von Arbeitern, Arbeitslosen und Jugendlichen verändern wollen.

**Infotelefon und Fax:  
0241 / 50 86 85  
e-mail: SAVAACHEN@AOL.COM  
oder schreib an uns:  
Sozialistische Alternative VORAN  
Hansaring 4  
50670 Köln**